

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Leichter-Lesen-Standard auf Anfrage im Behindertenreferat

GR. Mag. **Kowald** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das vorliegende Thema habe ich bereits in der März-Gemeinderatssitzung ausführlich dargelegt, sodass auf die diesbezüglichen Ausführungen verweisen möchte.

In deiner Fragebeantwortung hast du ausgeführt, dass auf Verlangen Schriftstücke mit Rechtskraft für den angesprochenen Personenkreis in Kopie auch in leichter Sprache ausgegeben werden können. Die Rechtskraft wird nicht berührt, weil lediglich eine zusätzliche Version in leichter Sprache ausgehändigt wird. Es ist in einem ersten Schritt notwendig, das Behindertenreferat des Sozialamtes mit diesem Standard auszustatten.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e:

Bist du bereit, im Rahmen deiner ressortmäßigen Zuständigkeit eine diesbezügliche Veranlassung zu treffen, dass Schriftstücke mit Rechtskraft vom Behindertenreferat in Zukunft auf Verlangen zusätzlich in leichter Sprache ausgegeben werden können?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Beteiligung der Stadt Graz an Gedenkfeierlichkeiten für ruthenische Deportierte

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

in den Jahren 1914 bis 1917 gab es - wie jetzt auch im Historischen Jahrbuch der Stadt Graz aufgearbeitet worden ist, der breiten Öffentlichkeit aber leider wenig bekannt - ein Internierungslager für ruthenische Deportierte in der näheren Umgebung des Grazer Flughafens.

Nach langjähriger kaum vorhandener oder sogar inhaltlich (ob bewusst oder unbewusst) verharmlosender Darstellung (etwa als "Auffanglager") des Geschehenen und nach langjähriger geringer Würdigung der dort verstorbenen und im Ossarium des Feldkirchner Friedhofs bestatteten 1.767 Opfer (Frauen, Männer, Kinder) gab es am 23. Juni 1937 immerhin die Einweihung der Grabstätte durch das damalige Bundesheer und im Dezember 2010 die Übergabe einer Gedenktafel am Flughafen Graz-Thalerhof.

Doch eine namentliche Würdigung der Opfer und damit auch ihre Individualisierung als Menschen und nicht als Zahl war immer noch lange ausständig, bis jetzt eine Initiative von Gedenkkultur-AktivistInnen und der Gemeinde dafür Sorge getragen hat, dass im Innenbereich des Ossariums 20 Tafeln mit den Namen der Opfer angebracht werden können.

Aufgrund der heuer und im kommenden Jahr anstehenden runden Gedenkjahre dieser Ereignisse und auch im Namen der Gedenk-AktivistInnen möchte ich daher die folgende

A n f r a g e

an Sie stellen:

Wird sich die Stadt sowohl bei der Einweihung der neuen Tafeln am 23. Juni 2012 mit Kranz-Niederlegung und Präsenz der Stadtregierung als auch bei dem Hundert-Jahre-Gedenken 2014 an den Gedenkfeierlichkeiten offiziell beteiligen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Europäische Koalition der Städte gegen Rassismus – Umsetzung Commitment 4, Punkt 3

GR.ⁱⁿ **Binder** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

2006 trat die Stadt Graz der Europäischen Koalition der Städte gegen Rassismus (ECCAR) bei. Mit diesem Beitritt ist die Verpflichtung zur Erstellung eines 10-Punkte-Programms und dessen Umsetzung verbunden.

Das zweite 10-Punkte-Programm wurde am 25.10.2009 vom Gemeinderat beschlossen. Im Commitment 4, „Bessere Information der Bürger/innen über ihre Rechte und Pflichten, über Schutzmaßnahmen, rechtliche Möglichkeiten und Sanktionen für rassistisches Verhalten“ wird im Punkt 3 festgehalten, dass Sie in Ihrer Funktion als Bürgermeister zumindest jährlich im Gemeinderat über diesbezüglich ergriffene Maßnahmen, deren Auswirkungen und Vorhaben Bericht erstatten. Dies ist meines Wissens nicht erfolgt.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Wann werden Sie den Gemeinderat im Sinne des Commitments 4, Punkt 3 informieren?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Bezirk Gösting wird vernachlässigt

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Sehr viel wurde in den letzten Monaten vom „gesunden Bezirk Gösting“ gesprochen. Das sollte eigentlich für die AnwohnerInnen des Bezirks eine erfreuliche Entwicklung sein, die den BewohnerInnen mit ihren Familien und Kindern wieder Hoffnung auf mehr Lebensqualität geben soll. Eine Bürgerinitiative zeigt nun jedoch die traurige Realität auf, auch dass der Bezirk Gösting weiterhin von den Grazer Stadtverantwortlichen regelrecht stiefmütterlich vernachlässigt wird.

Von fehlenden Zebrastreifen und extremen Gefahrenstellen entlang der Thalstraße ist die Rede, immer wieder gefordert, aber nie realisiert wurden die Verlängerung und Lückenschließung des Radweges zum Thalersee zwischen Gösting Schloßplatz und Ortsende Graz Thalstraße, die Installierung einer durchgehenden 30er-Zone im Kerngebiet Gösting genauso wie eine vermehrte Tempoüberwachung in der Durchzugsstraße, der Bau einer Unterführung Weixelbaumstraße, die Errichtung

eines geeigneten Bezirkssportplatzes oder die Installierung eines funktionellen Bezirkszentrums.

Die Forderungen nach mehr Lebensqualität und nach mehr Sicherheit für die BürgerInnen des Bezirks Gösting sind durchaus berechtigt. Zahlreiche im Grazer Gemeinderat eingebrachte Initiativen gingen an den Ohren der verantwortlichen Stadtpolitiker sang- und klanglos vorbei. Es muss anscheinend erst was passieren, bis etwas unternommen wird. Auch die KPÖ hat in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen in Punkto Verkehrssicherheit und -beruhigung im Grazer Gemeinderat eingebracht. So etwa die fehlende Lückenschließung des Radweges zwischen Gösting Schlossplatz bis zum Ortsende Graz in der Thalstraße oder die fehlende Verlängerung bis zum Thalersee. Eingefordert wurden der Bau der Unterführung Weixelbaumstraße, die Errichtung fehlender Gehsteige in der Plabutscher- und Göstinger Straße sowie die Schaffung von Zebrastreifen an besonders gefährlichen und exponierten Stellen. Auch zum Thema der Wanderwege rund um den Plabutsch wurde die KPÖ Graz mehrmals aktiv, um einige Punkte aufzuzählen.

Nun wird es vonseiten der Stadtverantwortlichen Zeit, die Ärmel für den Bezirk Gösting aufzukrempeln und in Punkto Sicherheit und mehr Lebensqualität für die BürgerInnen des Bezirkes rasche und effektive Maßnahmen zu setzen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dazu bereit, sich für die BürgerInnen des Bezirkes Gösting einzusetzen, um den Ruf nach mehr Sicherheit und Lebensqualität in ihrem Bezirk gerecht zu werden sowie auch die zahlreichen Initiativen des Grazer

Gemeinderates für den Bezirk Gösting zusammen mit den Verantwortlichen des Magistrates zu evaluieren und umzusetzen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Bezirkssportplätze mit WC-Anlagen ausstatten

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei einer Besichtigung der beiden Bezirkssportplätze (Schutzengelkirche, St. Vinzenz) im Bezirk Eggenberg konnte ich mich davon überzeugen, dass sie von vielen Jugendlichen der Umgebung sehr gut genutzt werden. Freude an der Bewegung, Spiel und Spaß waren offensichtlich. Leider musste ich jedoch feststellen, dass beide Bezirkssportplätze keine WC-Anlagen haben. Die sollten aber insbesondere bei den Bezirkssportplätzen in unserem Stadtgebiet Standard sein.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren, um prüfen zu lassen, wie viele Bezirkssportplätze in unserer Stadt keine WC-Anlage haben und sich dafür einzusetzen, dass dieser Zustand sukzessive verändert wird?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Lukrierung von Einnahmen aus der Hundeabgabe in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. Dies wird auch durch einen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Gebühren und Abgaben, die an die Stadt zu entrichten sind, wurden erhöht. Besagte Erhöhung ist ein Faktum, kann belegt werden und sollte nicht mit rührigen Geschichten abgetan werden, wie dies bei der letzten Initiative zu diesem Thema der Fall war, als die BZÖ-Fraktion eine Anfrage zu diesem finanziellen Klotz am Bein der Grazerinnen und Grazer gestellt hat. Die einzelnen Maßnahmen mögen den Menschen, die in dieser Stadt leben, nicht auffallen, was nicht verwundert, da alle zu verschiedenen Zeitpunkten beschlossen werden. Doch betrachtet man das Maßnahmen-Konvolut einmal als großes Ganzes, wird dem interessierten Bürger gewahr, dass er auf hohem Niveau abgezockt wird. Lebensqualität wird vermindert, Freiheiten sollen eingebüßt werden und das sieht die Regierung dieser Stadt offensichtlich als Service am Bürger, den sie sich teuer bezahlen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

Wie viel Geld lukrierte die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 aus der Einhebung der Hundeabgabe?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Lukrierung von Einnahmen aus der Kanalbenützungsgebühr in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011.

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. Dies wird auch durch einen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Gebühren und Abgaben, die an die Stadt zu entrichten sind, wurden erhöht. Besagte Erhöhung ist ein Faktum, kann belegt werden und sollte nicht mit rührigen Geschichten abgetan werden, wie dies bei der letzten Initiative zu diesem Thema der Fall war, als die BZÖ-Fraktion eine Anfrage zu diesem finanziellen Klotz am Bein der Grazerinnen und Grazer gestellt hat. Die einzelnen Maßnahmen mögen den Menschen, die in dieser Stadt leben, nicht auffallen, was nicht verwundert, da alle zu

verschiedenen Zeitpunkten beschlossen werden. Doch betrachtet man das Maßnahmen-Konvolut einmal als großes Ganzes, wird dem interessierten Bürger gewahr, dass er auf hohem Niveau abgezockt wird. Lebensqualität wird vermindert, Freiheiten sollen eingebüßt werden und das sieht die Regierung dieser Stadt offensichtlich als Service am Bürger, den sie sich teuer bezahlen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

Wie viel Geld lukrierte die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 aus der Einhebung der Kanalbenützungsgebühr?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Lukrierung von Einnahmen aus dem Kanalisationsbeitrag in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. Dies wird auch durch einen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Gebühren und Abgaben, die an die Stadt zu entrichten sind, wurden erhöht. Besagte Erhöhung ist ein Faktum, kann belegt werden und sollte nicht mit rührigen Geschichten abgetan werden, wie dies bei der letzten Initiative zu diesem Thema der Fall war, als die BZÖ-Fraktion eine Anfrage zu diesem finanziellen Klotz am Bein der Grazerinnen und Grazer gestellt hat. Die einzelnen Maßnahmen mögen den Menschen, die in dieser Stadt leben, nicht auffallen, was nicht verwundert, da alle zu verschiedenen Zeitpunkten beschlossen werden. Doch betrachtet man das Maßnahmen-Konvolut einmal als großes Ganzes, wird dem interessierten Bürger gewahr, dass er auf hohem Niveau abgezockt wird. Lebensqualität wird vermindert, Freiheiten sollen eingebüßt werden und das sieht die Regierung dieser Stadt offensichtlich als Service am Bürger, den sie sich teuer bezahlen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

A n f r a g e :

Wie viel Geld lukrierte die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 aus der Einhebung des Kanalisationsbeitrages?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Lukrierung von Einnahmen aus der Kommunalsteuer in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. Dies wird auch durch einen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Gebühren und Abgaben, die an die Stadt zu entrichten sind, wurden erhöht. Besagte Erhöhung ist ein Faktum, kann belegt werden und sollte nicht mit rührigen Geschichten abgetan werden, wie dies bei der letzten Initiative zu diesem Thema der Fall war, als die BZÖ-Fraktion eine Anfrage zu diesem finanziellen Klotz am Bein der Grazerinnen und Grazer gestellt hat. Die einzelnen Maßnahmen mögen den Menschen, die in dieser Stadt leben, nicht auffallen, was nicht verwundert, da alle zu verschiedenen Zeitpunkten beschlossen werden. Doch betrachtet man das Maßnahmen-Konvolut einmal als großes Ganzes, wird dem interessierten Bürger gewahr, dass er auf hohem Niveau abgezockt wird. Lebensqualität wird vermindert, Freiheiten sollen eingebüßt werden und das sieht die Regierung dieser Stadt offensichtlich als Service am Bürger, den sie sich teuer bezahlen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

Wie viel Geld lukrierte die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 aus der Einhebung der Kommunalsteuer?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Lukrierung von Einnahmen aus der Lustbarkeitsabgabe in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. Dies wird auch durch einen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Gebühren und Abgaben, die an die Stadt zu entrichten sind, wurden erhöht. Besagte Erhöhung ist ein Faktum, kann belegt werden und sollte nicht mit rührigen Geschichten abgetan werden, wie dies bei der letzten Initiative zu diesem Thema der Fall war, als die BZÖ-Fraktion eine Anfrage zu diesem finanziellen Klotz am Bein der Grazerinnen und Grazer gestellt hat. Die einzelnen Maßnahmen mögen den Menschen, die in dieser Stadt leben, nicht auffallen, was nicht verwundert, da alle zu verschiedenen Zeitpunkten beschlossen werden. Doch betrachtet man das Maßnahmen-Konvolut einmal als großes Ganzes, wird dem interessierten Bürger gewahr, dass er auf hohem Niveau abgezockt wird. Lebensqualität wird vermindert,

Freiheiten sollen eingebüßt werden und das sieht die Regierung dieser Stadt offensichtlich als Service am Bürger, den sie sich teuer bezahlen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

Wie viel Geld lukrierte die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 aus der Einhebung der Lustbarkeitsabgabe?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Lukrierung von Einnahmen aus der Müllabfuhrgebühr in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. Dies wird auch durch einen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den

Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Gebühren und Abgaben, die an die Stadt zu entrichten sind, wurden erhöht. Besagte Erhöhung ist ein Faktum, kann belegt werden und sollte nicht mit rührigen Geschichten abgetan werden, wie dies bei der letzten Initiative zu diesem Thema der Fall war, als die BZÖ-Fraktion eine Anfrage zu diesem finanziellen Klotz am Bein der Grazerinnen und Grazer gestellt hat. Die einzelnen Maßnahmen mögen den Menschen, die in dieser Stadt leben, nicht auffallen, was nicht verwundert, da alle zu verschiedenen Zeitpunkten beschlossen werden. Doch betrachtet man das Maßnahmen-Konvolut einmal als großes Ganzes, wird dem interessierten Bürger gewahr, dass er auf hohem Niveau abgezockt wird. Lebensqualität wird vermindert, Freiheiten sollen eingebüßt werden und das sieht die Regierung dieser Stadt offensichtlich als Service am Bürger, den sie sich teuer bezahlen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

A n f r a g e :

Wie viel Geld lukrierte die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 aus der Einhebung der Müllabfuhrgebühr?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Lukrierung von Einnahmen aus den Parkgebühren in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. Dies wird auch durch einen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Gebühren und Abgaben, die an die Stadt zu entrichten sind, wurden erhöht. Besagte Erhöhung ist ein Faktum, kann belegt werden und sollte nicht mit rührigen Geschichten abgetan werden, wie dies bei der letzten Initiative zu diesem Thema der Fall war, als die BZÖ-Fraktion eine Anfrage zu diesem finanziellen Klotz am Bein der Grazerinnen und Grazer gestellt hat. Die einzelnen Maßnahmen mögen den Menschen, die in dieser Stadt leben, nicht auffallen, was nicht verwundert, da alle zu verschiedenen Zeitpunkten beschlossen werden. Doch betrachtet man das Maßnahmen-Konvolut einmal als großes Ganzes, wird dem interessierten Bürger gewahr, dass er auf hohem Niveau abgezockt wird. Lebensqualität wird vermindert, Freiheiten sollen eingebüßt werden und das sieht die Regierung dieser Stadt offensichtlich als Service am Bürger, den sie sich teuer bezahlen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

Wie viel Geld lukrierte die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 aus der Einhebung der Parkgebühren?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Lukrierung von Einnahmen aus der Tourismusabgabe in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den vergangenen Jahren mussten die Bürger der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen, dass in ihrer Stadt die höchste Gebühren- und Abgabenbelastung Österreichs herrscht. Dies wird auch durch einen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu den Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz bestätigt. Mehr als die Hälfte aller Gebühren und Abgaben, die an die Stadt zu entrichten sind, wurden erhöht. Besagte Erhöhung ist ein Faktum, kann belegt werden und sollte nicht mit rührigen Geschichten abgetan werden, wie dies bei der letzten Initiative zu diesem Thema der Fall war, als die BZÖ-Fraktion eine Anfrage zu diesem finanziellen Klotz am Bein der Grazerinnen und Grazer gestellt hat. Die einzelnen Maßnahmen mögen den Menschen, die in dieser Stadt leben, nicht auffallen, was nicht verwundert, da alle zu verschiedenen Zeitpunkten beschlossen werden. Doch betrachtet man das Maßnahmen-Konvolut einmal als großes Ganzes, wird dem interessierten Bürger gewahr, dass er auf hohem Niveau abgezockt wird. Lebensqualität wird vermindert,

Freiheiten sollen eingebüßt werden und das sieht die Regierung dieser Stadt offensichtlich als Service am Bürger, den sie sich teuer bezahlen lässt. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden und sich die Lebenshaltungskosten ohnehin ständig erhöhen, haben die Menschen genug für Leistungen gezahlt, die längst nicht mehr der Abgaben- und Gebührenhöhe entsprechen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

Wie viel Geld lukrierte die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 aus der Einhebung der Tourismusabgabe?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Reisekosten für die Mitglieder der Stadtregierung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungsbüros in den Jahren 2010 und 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Reisekosten für Inlands- und Auslandsdienstreisen der Mitglieder der Stadtregierung samt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind dem Gemeinderat

gänzlich unbekannt. Dennoch ist zu vermuten, dass auch die Grazer Stadtregierung bei Inlands- und Auslandsdienstreisen nicht sparsam war.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

1. Welche Auslandsdienstreisen haben Sie bzw. die Mitglieder der Grazer Stadtregierung vom 1.1.2010 bis zum 01.06.2012 absolviert und wie viele Tage nahmen diese in Anspruch?
2. Welchen Zweck haben diese unter Frage 1 genannten Auslandsdienstreisen erfüllt?
3. Wie viele Mitglieder Ihres Büros/der Büros der Stadtregierungsmitglieder haben an diesen unter Punkt 1 genannten Reisen jeweils teilgenommen?
4. Welche Gesamtkosten (inkl. Reisemittel, Verpflegungs- und Übernachtungskosten, verrechnete Reisespesen und Reisediäten) sind der Stadt Graz durch diese unter Frage 1 genannten Auslandsaufenthalte entstanden?
5. Welche Inlandsdienstreisen haben Sie bzw. die Mitglieder der Grazer Stadtregierung vom 1.1.2010 bis zum 01.06.2012 absolviert und wie viele Tage nahmen diese in Anspruch?
6. Welchen Zweck haben diese unter Frage 5 genannten Inlandsdienstreisen erfüllt?
7. Wie viele Mitglieder Ihres Büros/der Büros der Stadtregierungsmitglieder haben an diesen unter Punkt 5 genannten Reisen jeweils teilgenommen?
8. Welche Gesamtkosten (inkl. Reisemittel, Verpflegungs- und Übernachtungskosten, verrechnete Reisespesen und Reisediäten) sind der Stadt Graz durch diese unter Frage 5 genannten Inlandsaufenthalte entstanden?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Repräsentationskosten der Grazer Stadtregierung in den Jahren 2010 und 2011

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Während mehr als 30.000 Grazerinnen und Grazer akut armutsgefährdet sind, geben die Mitglieder der Stadtregierung Unsummen an Steuergeld für Bewirtung, Empfänge und Repräsentationen aus.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie hoch war der Voranschlagssatz für Repräsentationsausgaben Ihres Ressortbudgets bzw. der jeweiligen Ressortbudget der Mitglieder der Stadtregierung im Jahr 2010 und 2011 (nach dem jeweiligen Mitglied der Stadtregierung aufgeschlüsselt)?
2. Wie hoch waren die tatsächlichen abgerechneten Gesamtkosten für Repräsentationen der Stadt Graz im Jahr 2010 und 2011.
 - a) in Summe?
 - b) aufgegliedert nach dem jeweiligen Repräsentationszweck?
 - c) für Repräsentationen des Bürgermeisters bzw. ein Mitglied der Stadtregierung?
 - d) für allfällige Repräsentationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bürgermeisteramtes, der Präsidialabteilung, der Magistratsdirektion und der Büros der Stadtregierungsmitglieder?
3. Auf wie viel belaufen sich die Gesamtkosten der Stadt Graz für Ankäufe von Nahrungsmitteln und Getränken im Jahr 2010 und 2011?

4. Wie hoch war die tatsächlich ausbezahlte Amtspauschale für Sie bzw. die Mitglieder der Stadtregierung im Jahr 2010 und 2011 (Aufschlüsselung nach Stadtregierungsmitglied)?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Telefonkosten der Stadt Graz in den Jahren 2010, 2011 bis 1.6.2012

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Dienstreisen, horrenden Kosten für Büroinfrastruktur, Repräsentationskosten, Buffets, Kosten für die Dienstwagen. Auf dem Rücken des Steuerzahlers ist der Stadtregierung nichts zu teuer.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

A n f r a g e :

- 1.) Wie hoch waren die Gesamtkosten für Telefonie (Festnetz, Handys, Fax etc.) der Büros aller Stadtregierungsmitglieder, des Bürgermeisteramtes, der Präsidialabteilung und der Magistratsdirektion im Zeitraum vom 1. Jänner 2010 bis einschließlich 01. Juni 2012?
- 2.) Wie viele Mobilfunkgeräte bzw. Handys wurden im Zeitraum zwischen 1. Jänner 2010 und 1. Juni 2012 für die Büros aller Stadtregierungsmitglieder, des

- Bürgermeisteramtes, der Präsidialabteilung und der Magistratsdirektion angeschafft und wie hoch waren die Anschaffungskosten dafür (Aufgliederung nach den einzelnen Büros)?
- 3.) Wie hoch waren die durch die Nutzung aller Diensthandys entstandenen Gesamtkosten der Büros aller Stadtregierungsmitglieder, des Bürgermeisteramtes, der Präsidialabteilung und der Magistratsdirektion zwischen 1. Jänner 2010 bis einschließlich 1. Juni 2012?
 - 4.) Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Büros aller Stadtregierungsmitglieder, des Bürgermeisteramtes, der Präsidialabteilung und der Magistratsdirektion sind in Besitz eines von der Stadt Graz zur Verfügung gestellten Diensthandys zum Stichtag 1. Juni 2012?
 - 5.) Wie hoch waren die Kosten für die Nutzung der Diensthandys der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Stadtregierungsbüros, des Bürgermeisteramtes, der Präsidialabteilung und der Magistratsdirektion im Zeitraum zwischen 1. Jänner 2010 bis einschließlich 1. Juni 2012?
 - 6.) Wie können Sie ausschließen, dass von der Stadt Graz zur Verfügung gestellte Diensthandys privat genutzt werden?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Unfallzahlen am neuen Shared space – Sonnenfelsplatz

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit 11.10.2011 ist der Sonnenfelsplatz ein Shared Space-Bereich. Der Kreisverkehr, sowie sämtliche Verkehrszeichen oder Bodenmarkierungen existieren nicht mehr. Es gilt die Straßenverkehrsordnung – den Rest müssen sich die Verkehrsteilnehmer selbst ausmachen, wobei hier meistens das Recht des Stärkeren zur Anwendung kommt.

Es ist dies ein Experiment, das auf Kosten der Sicherheit aller Fußgänger, Rad-, PKW- und LKW-Fahrer durchgeführt wurde, welche an einem neuralgischen Punkt wie diesem, wo sich fünf Straßen treffen, zuhauf verkehren. Es drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob das Bestreben, aus Graz eine „hippe“ Stadt zu machen über dem Bestreben, den Bürgern ein größtmögliches Maß an Sicherheit bieten zu können, stehen darf. Denn in Wahrheit hatten sich die Verantwortlichen dieses Projektes nur diese eine Frage zu stellen. Und sie haben sich entschieden. Dies zu bewerten, obliegt in letzter Instanz natürlich den Bürgern selbst, doch ist es Aufgabe der gewählten Volksvertreter, dafür zu sorgen, dass das Miteinander in einer so großen Kommune möglichst funktioniert. In weiterer Folge versteht es sich nahezu von selbst, dass es für ein friktionsfreies Zusammenleben von knapp 270.000 Menschen auch Regeln erfordert, deren Einhaltung dieses erst ermöglicht. Im theoretischen Ansatz ist dieses Projekt also gescheitert. Selbstverständlich sind es aber praktische Indikatoren, die ein Scheitern dieses irrwitzigen Projektes augenscheinlich machen und die verantwortlichen Akteure unter Zugzwang bringen. Der wichtigste Indikator ist in diesem Fall die Unfallstatistik. Sind die Zahlen die gleichen oder haben sich gar verschlechtert, muss man davon ausgehen, dass die Prämisse eines theoretischen Ansatzes des unausweichlichen Scheiterns auch ihre praktische Schlussfolgerung gefunden hat.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

Wie viele Unfälle am Sonnenfelsplatz gab es seit Eröffnung des Platzes als Shared Space-Bereich am 11.10.2011 mit

- Fußgängern (Verletzte/Beteiligte/Verursacher)
- Radfahrern (Verletzte/Beteiligte/Verursacher)
- Pkws (Verletzte/Beteiligte/Verursacher)
- Lkws (Verletzte/Beteiligte/Verursacher)
- öffentlichen Verkehrsmitteln (Verletzte/Beteiligte/Verursacher)?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Vollständige Beantwortung der Anfrage bezüglich Kosten der Dienstwägen der Stadtregerungsmitglieder

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 12.12.2011 hat die BZÖ-Gemeinderatsfraktion eine Anfrage betreffend die Kosten des Fuhrparks der Grazer Stadtregerung gestellt:

Anfrage gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Abg. Gerald Grosz an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl betreffend „die Dienstwägen der Stadtregerungsmitglieder“.

Mit dem Jahr 2014 wird der Schuldenstand der Stadt Graz mehr als 1,4 Milliarden Euro betragen. Gleichzeitig steigen jährlich die von der Stadt eingehobenen Gebühren und Abgaben. Statt im „eigenen Bereich“ den Sparstift anzusetzen, hat die Stadtregerung linear die Grazerinnen und Grazer in unverantwortlicher Weise

belastet, aber dafür ihre Pfründe beschützt. Dabei gäbe es gerade im politischen Bereich genügend Einsparungsvolumen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende Anfrage:

1. Wie viele und welche (Automarke) Fahrzeuge wurden für den Fuhrpark der Stadtregierungsmitglieder bzw. des Präsidialamtes bzw. der Magistratsdirektion seit dem 1. Jänner 2008 bis zum Einlangen dieser Frage angeschafft und aus wie vielen bzw. welchen (Automarke) Fahrzeugen besteht mit Stand 1. Dezember 2011 der Fuhrpark?
2. Wann wurden diese unter Frage 1 genannten Fahrzeuge jeweils angeschafft?
3. Wie hoch waren die ursprünglichen tatsächlichen Anschaffungskosten für die unter Frage 1 genannten Fahrzeuge?
4. Wurde für den Ankauf der unter Frage 1 genannten Fahrzeuge jeweils eine Ausschreibung durchgeführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
5. Besitzen die unter Frage 1 genannten Fahrzeuge eine Sonderausstattung (jeweilige Angabe mit Art und Kosten der Sonderausstattung)?
6. Welche Begründung lag für die Anschaffung der unter Frage 1 genannten Fahrzeuge jeweils vor?
7. Welcher Personenkreis ist für die Benützung dieser unter Frage 1 genannten Fahrzeuge jeweils autorisiert?
8. Welche Dienstkraftwägen (Marke) stehen aktuell den Mitglieder der Stadtregierung zur Verfügung?
9. Wie viele und welche (Automarke) Fahrzeuge wurden für seitens der Stadt Graz für die Benutzung der Stadtregierungsmitglieder seit dem 30. Jänner 2008 bis zum Einlangen dieser Frage angeschafft?
10. Wie hoch waren die Anschaffungskosten der unter Frage 9 genannten Dienstkraftwägen?

11. Wie viele Kraftfahrer hält die Stadt Graz für die Dienstwagen der Stadtregierungsmitglieder im Personalstand und wie hoch sind die jährlichen Gesamt-Personalkosten dieser?
12. Sind diese unter Frage 9 genannten Dienstkraftwagen versichert, bei welchem Versicherungsunternehmen sind diese versichert und wie hoch ist die jährliche durch die Stadt Graz zu tragende Versicherungssumme?
13. Stehen diese unter Frage 9 genannten Dienstkraftwagen für die private Nutzung der Stadtregierungsmitglieder auch zur Verfügung?
14. Welche Dienstfahrten (In- und Ausland) haben die Stadtregierungsmitglieder jeweils mit einem Dienstkraftwagen der Stadt zwischen 1. Jänner 2008 und dem Einlangen dieser Anfrage absolviert (genaue Angabe des jeweiligen Amtsinhabers, genaue Angabe des Reiseziels, der Dauer der Beanspruchung)?
15. Welche Privatfahrten (In- und Ausland) haben die Stadtregierungsmitglieder jeweils mit einem Dienstkraftwagen der Stadt zwischen 1. Jänner 2008 und dem Einlangen dieser Anfrage absolviert (genaue Angabe des jeweiligen Amtsinhabers, Reiseziels, der Dauer der Beanspruchung)?
16. Haben die jeweiligen Stadtregierungsmitglieder diese unter Frage 15 genannten Fahrten auch einen Kraftwagenfahrer der Stadt in Anspruch genommen? Wenn ja, durch welchen Amtsinhaber, wann, für welche Reise und für welchen Zeitraum?
17. Gibt es innerhalb der Stadt Graz Regeln für die private Nutzung von Dienstkraftwagen? Wenn ja, welche exakt und für welchen Personenkreis?
18. Wie viele Kilometer wurden die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwagen im Jahr 2008 jeweils gefahren?
19. Wie viele Kilometer wurden die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwagen im Jahr 2009 jeweils gefahren?
20. Wie viele Kilometer wurden die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwagen im Jahr 2010 jeweils gefahren?
21. Wie viele Kilometer wurden die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwagen im Jahr 2011 jeweils gefahren?

22. Wie hoch waren die Treibstoffkosten für die unter der Frage 1 genannten Dienstkraftwägen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils?
23. Wie hoch waren die Treibstoffkosten für die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwägen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils?
24. Plant die Stadt Graz weitere Fahrzeugankäufe? Wenn ja, welche Fahrzeuge zu welchem Preis, wann und mit welcher Begründung?
25. Wie hoch waren die jährigen Erhaltungskosten für die unter der Frage 1 genannten Dienstkraftwägen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils?
26. Wie hoch waren die jährigen Erhaltungskosten für die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwägen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils?
27. Waren die unter Frage 1 und Frage 9 genannten Fahrzeugen in den Jahren 2008, 2009, 2010 oder 2011 in Unfälle verwickelt? Wenn ja, wann und mit welchem Schaden und wie hoch waren die Kosten dieser Schadensfälle?
28. Hat die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 oder 2011 Kosten für allfällige Strafmandate (Verstöße gegen die StVO, Parkraumstrafen etc.) zu tragen gehabt? Wenn ja, aus welchem Anlassfall, wie hoch waren diese jeweils und mit welcher Begründung wurden diese durch die Stadt Graz bezahlt?

Diese Anfrage wurde unzureichend und lückenhaft beantwortet. Zu den Fragen unter den Punkten 2, 3, 4, 6, 9, 10, 11, 12, 14, 22, 24, 27 wurde in keinsten Weise Stellung genommen, die Punkte 18, 19, 20 und 21 verlangen nach einer genauen Auflistung, die man nicht anführen konnte oder wollte.

Daher richtet der unterzeichnende Gemeinderat an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie viele und welche (Automarke) Fahrzeuge wurden für den Fuhrpark der Stadtregierungsmitglieder bzw. des Präsidialamtes bzw. der Magistratsdirektion seit dem 1. Jänner 2008 bis zum Einlangen dieser Frage angeschafft und aus wie

- vielen bzw. welchen (Automarke) Fahrzeugen besteht mit Stand 1. Dezember 2011 der Fuhrpark?
2. Wann wurden diese unter Frage 1 genannten Fahrzeuge jeweils angeschafft?
 3. Wie hoch waren die ursprünglichen tatsächlichen Anschaffungskosten für die unter Frage 1 genannten Fahrzeuge?
 4. Wurde für den Ankauf der unter Frage 1 genannten Fahrzeuge jeweils eine Ausschreibung durchgeführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
 5. Besitzen die unter Frage 1 genannten Fahrzeuge eine Sonderausstattung (jeweilige Angabe mit Art und Kosten der Sonderausstattung)?
 6. Welche Begründung lag für die Anschaffung der unter Frage 1 genannten Fahrzeuge jeweils vor?
 7. Welcher Personenkreis ist für die Benützung dieser unter Frage 1 genannten Fahrzeuge jeweils autorisiert?
 8. Welche Dienstkraftwägen (Marke) stehen aktuell den Mitglieder der Stadtregierung zur Verfügung?
 9. Wie viele und welche (Automarke) Fahrzeuge wurden für seitens der Stadt Graz für die Benutzung der Stadtregierungsmitglieder seit dem 30. Jänner 2008 bis zum Einlangen dieser Frage angeschafft?
 10. Wie hoch waren die Anschaffungskosten der unter Frage 9 genannten Dienstkraftwägen?
 11. Wie viele Kraftfahrer hält die Stadt Graz für die Dienstwägen der Stadtregierungsmitglieder im Personalstand und wie hoch sind die jährlichen Gesamt-Personalkosten dieser?
 12. Sind diese unter Frage 9 genannten Dienstkraftwägen versichert, bei welchem Versicherungsunternehmen sind diese versichert und wie hoch ist die jährliche durch die Stadt Graz zu tragende Versicherungssumme?
 13. Stehen diese unter Frage 9 genannten Dienstkraftwägen für die private Nutzung der Stadtregierungsmitglieder auch zur Verfügung?

14. Welche Dienstfahrten (In- und Ausland) haben die Stadtregierungsmitglieder jeweils mit einem Dienstkraftwagen der Stadt zwischen 1. Jänner 2008 und dem Einlangen dieser Anfrage absolviert (genaue Angabe des jeweiligen Amtsinhabers, genaue Angabe des Reiseziels, der Dauer der Beanspruchung)?
15. Welche Privatfahrten (In- und Ausland) haben die Stadtregierungsmitglieder jeweils mit einem Dienstkraftwagen der Stadt zwischen 1. Jänner 2008 und dem Einlangen dieser Anfrage absolviert (genaue Angabe des jeweiligen Amtsinhabers, Reiseziels, der Dauer der Beanspruchung)?
16. Haben die jeweiligen Stadtregierungsmitglieder diese unter Frage 15 genannten Fahrten auch einen Kraftwagenfahrer der Stadt in Anspruch genommen? Wenn ja, durch welchen Amtsinhaber, wann, für welche Reise und für welchen Zeitraum?
17. Gibt es innerhalb der Stadt Graz Regeln für die private Nutzung von Dienstkraftwägen? Wenn ja, welche exakt und für welchen Personenkreis?
18. Wie viele Kilometer wurden die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwägen im Jahr 2008 jeweils gefahren?
19. Wie viele Kilometer wurden die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwägen im Jahr 2009 jeweils gefahren?
20. Wie viele Kilometer wurden die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwägen im Jahr 2010 jeweils gefahren?
21. Wie viele Kilometer wurden die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwägen im Jahr 2011 jeweils gefahren?
22. Wie hoch waren die Treibstoffkosten für die unter der Frage 1 genannten Dienstkraftwägen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils?
23. Wie hoch waren die Treibstoffkosten für die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwägen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils?
24. Plant die Stadt Graz weitere Fahrzeugankäufe? Wenn ja, welche Fahrzeuge zu welchem Preis, wann und mit welcher Begründung?
25. Wie hoch waren die jährigen Erhaltungskosten für die unter der Frage 1 genannten Dienstkraftwägen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils?

26. Wie hoch waren die jährigen Erhaltungskosten für die unter der Frage 9 genannten Dienstkraftwägen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils?
27. Waren die unter Frage 1 und Frage 9 genannten Fahrzeugen in den Jahren 2008, 2009, 2010 oder 2011 in Unfälle verwickelt? Wenn ja, wann und mit welchem Schaden und wie hoch waren die Kosten dieser Schadensfälle?
28. Hat die Stadt Graz in den Jahren 2008, 2009, 2010 oder 2011 Kosten für allfällige Strafmandate (Verstöße gegen die StVO, Parkraumstrafen etc.) zu tragen gehabt? Wenn ja, aus welchem Anlassfall, wie hoch waren diese jeweils und mit welcher Begründung wurden diese durch die Stadt Graz bezahlt?
- Wir bitten um eine genaue und vollständige Beantwortung der Fragen und im Speziellen der Punkte 2, 3, 4, 6, 9, 10, 11, 12, 14, 18, 19, 20, 21, 22, 24 und 27.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Belebung des neu geschaffenen Joanneumviertels

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Herzen von Graz liegt das neu geschaffene Joanneumsviertel. Dem ältesten öffentlich zugänglichen Museum Österreichs und größten Universalmuseum Europas wurde ein neuer Anstrich verpasst. Eine gelungene Mischung aus moderner Architektur, neuen Ausstellungsräumen und einem Vorplatz als Begegnungsort für Kulturinteressierte geben der gesamten Umgebung und der Altstadt einen neuen Impuls. Diesen gilt es zu nutzen, um vor allem junge Menschen mit Kunst in all ihren Erscheinungsformen zu konfrontieren und sie dafür zu sensibilisieren. Zurzeit gleicht

das viel gepriesene Viertel eher einem Museumsfriedhof als einer pulsierenden Kunstmeile. Ein Blick über die Bundesländergrenzen nach Wien ins Museumsquartier genügt, um zu der Überzeugung zu gelangen, dass sich hier mannigfaltige Möglichkeiten auftun, diesem ältesten Museum Österreichs Leben einzuhauchen und Menschen in höherem Maße für Kunst zu interessieren. Der Urbanität könnte im Sinne einer durchwegs positiven Entwicklung ein neuer Aspekt verliehen werden, der allen Bewohnern dieser Stadt zugute kommt.

Frei nach Gotthold Ephraim Lessing:

„Der Endzweck der Wissenschaft ist Wahrheit, der Endzweck der Künste hingegen ist Vergnügen.“

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl nachstehende

Anfrage:

Was hat die Stadt Graz bisher getan, beziehungsweise was wird die Stadt Graz in Zukunft tun, um das neu geschaffene Joanneumsviertel für Kunstinteressierte und vor allem junge Menschen attraktiver und zu einem Ort der Begegnung zu machen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Auskunft zur Unterlassung der Ausschreibung der Finanzierung des geplanten Reininghaus-Deals

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

„EU-Recht und Bundesvergabegesetz dienen auch dazu, Finanzierungen in Kommunen bestmöglich und günstig abzuwickeln. Bei unnötigen bzw. gar fremdartigen Spekulationen, wie z.B. bei Reininghaus, – siehe Skylink und Co. –, ist das Risiko von Schaden sehr groß.

Durch bessere Konditionen eines Bestbieters können bei der vorgesehenen langen Laufzeit viele Mio. EUR an Zins- und Zinseszins-Zahlungen den Grazer BürgerInnen erspart werden.

Besonders hellhörig wurde ich, als Stadtrat Rüschi uns Gemeinderäten berichtete, dass die derzeit für Asset-One konsortialführende Bank, die Stmk. Bank, nur eine Besicherungsquote von 50 Mio. der Stadt Graz im Rahmen des „Reininghaus-Deals“ anbietet. Bei vergleichbaren Geschäften werden stattdessen von anderen Banken – auch in der Steiermark – Besicherungsquoten von 75 bis 80% dem Kunden gewährt. Aus diesen Vergleichswerten ergäbe sich aber rückgerechnet nur ein realer Reininghaus-Wert von 60 bis 65 Mio. EUR für das gesamte Reininghaus-Investment, wohl nicht unbedenklich.

Auch hinsichtlich der zu treffenden Zinsvereinbarungen, allfälliger Gleitklauseln, bis hin zu erforderlichen EXIT-Strategien aus diesem Jahrzehnte dann gültigen Vertragswerk müssen unterschiedliche Angebote analysiert und abgewogen werden, um den Bestbieter ermitteln zu können. Das kann aber erst passieren, wenn die Angebote alle auf einem Tisch liegen und zuvor eine offene und transparente EU-weite Ausschreibung durchgeführt worden ist. Die Steiermärkische Bank wäre selbstverständlich herzlich eingeladen, sich an dieser Ausschreibung zu beteiligen und sie wird sich sicher nicht scheuen, als ein im Markt gut präsent und kompetentes Unternehmen an diesem Wettbewerb teilzunehmen, denke ich.

In diesem Zusammenhang ersuche ich um Beantwortung nachfolgender

Anfrage:

-
- Warum sehen Sie, Herr Bürgermeister, für die Finanzierung des von Ihnen geplanten „Reininghaus-Deals“ keine transparente bzw. öffentliche EU-weite Ausschreibung der Finanzierung - bzw. zumindest nach dem Bundesvergabegesetz - vor, noch dazu, wo das Volumen und die Laufzeit der geplanten Kreditfinanzierung über zumindest die 50 Mio. EUR die Stadt Graz jahrzehntelang binden und bis weit in eine Zeit hinein reichen wird, wo sowohl ich als auch Sie, Herr Bürgermeister, ihre politische Karriere schon längst abgeschlossen haben werden?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.